

# Vorwärts

SW

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Griff nach den Eisenbahnen.

### Eine Verordnung der Rheinland-Kommission.

Paris, 2. März. (WIB.) Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter dem Vorsitz des französischen Oberkommissars Tirard die Ordonnanz unternommen, die an Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung eine Regie der Eisenbahnen des besetzten Gebietes einrichten will. In einer Anlage der Ordonnanz erinnert die Rheinlandkommission an die Haltung der deutschen Regierung, der namentlich Sabotageakte zur Last gesetzt werden, die die Sicherheit und den Unterhalt der Befahrungen sowie die Interessen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten in Gefahr gebracht hätten.

In dem ersten Artikel der Ordonnanz wird dem oberkommandierenden General der alliierten Armeen die erforderliche Vollmacht übertragen, hinsichtlich der Eisenbahnen zweckmäßige Vorkehrungen zu treffen, um den Bedürfnissen der Befahrungsmittel und der Zivilbevölkerung Genüge zu schaffen. Artikel 2 überträgt die Regie der Eisenbahnen in den besetzten Gebieten dem technischen, kommerziellen und finanziellen Betrieb. Die Regie ist befugt, Einberufungen von Personal vorzunehmen und kollektive oder einzelne Entlassungen zu veranlassen, doch kann sie durch Sonderentscheidungen gewisse Strecken oder Teile dieser Strecken, die zunächst ihr unterstellt sind, aus ihrer Zuständigkeit abgeben. Die Regie steht zu den interalliierten Behörden und Kommissionen im gleichen Verhältnis, in dem bisher die deutschen Behörden zu ihnen gestanden haben. An der Spitze der Regie wird ein französischer Direktor stehen, dem zwei Unterdirektoren, ein Franzose und ein Belgier, beigegeben sind. Der Sitz der Regie wird Koblenz sein, vorläufig arbeitet sie jedoch von Düsseldorf aus. Die Ordonnanz tritt sofort in Kraft.

Der neue Schlag der Rheinlandkommission kommt nicht unerwartet. Sein Ergebnis kann kein anderes sein als die vollständige Zerrüttung des ohnehin schon desorganisierten Eisenbahnwesens im besetzten Gebiet. Man nehme den für die Gegner günstigsten Fall an, so würde es viele Monate dauern, bevor nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten ein einigermaßen ausreißender Betrieb unter fremder Regie in Gang gebracht werden könnte, vor Ablauf dieser Zeit dürfte aber nach menschlicher Voraussicht doch eine Lösung des Konflikts erreicht sein, die selbstverständlich u. a. auch die Rückkehr der Eisenbahnen in die deutsche Verwaltung mit sich bringen muß. Andernfalls wäre die Ueberführung der Bahnen in französisch-belgische Verwaltung eine Handlung nicht des bisherigen Verständnisses, sondern eines ganz offenen Annexionismus, zu der Frankreich angesichts des englisch-amerikanischen Widerstandes doch nicht so leicht übergehen wird.

Sachlich handelt es sich also um eine Maßnahme nicht zur Regelung, sondern zur Unterbindung des Verkehrs, um eine Kriegsmassnahme, die einerseits die militärischen Transporte sichern, andererseits die deutschen Eisenbahnen und die Bevölkerung unter den Druck eines gesteigerten Terrors setzen soll.

An der Haltung der Eisenbahner dürfte durch Ordonnanz irgendwelcher Art nichts geändert werden. Aber das Verkehrswesen wird durch sie zum Erliegen gebracht und die Ernährung der Städte aufs schwerste gefährdet. Wie lange will die Welt diesen Akten der Barbarei gegen unschuldige Menschen noch zusehen? Diese Frage richtet sich vor allem an England, das ja durch seine Stellung in Köln

immer noch zu den Besatzungsmächten gehört. Zwar läßt der Wortlaut der Ordonnanz die Schlussfolgerung zu, daß die Eisenbahnen im englisch besetzten Gebiet unter deutscher Verwaltung belassen werden sollen, doch droht diesem Gebiet die Abschneidung vom Weltverkehr. Angesichts dieser Tatsache ist es schwer, sich vorzustellen, daß die englische Regierung noch lange in ihrer passiven Haltung verharren kann.

### Degoutte deklariert Verbrauchsteuern.

Düsseldorf, 2. März. (WIB.) General Degoutte hat für das Ruhrgebiet eine neue Verordnung über die Einziehung von Verbrauchsteuern auf Weine, Schaumweine, Zigaretten, Zigarren und verarbeitete Tabake erlassen, die künftighin auf Rechnung der alliierten Regierungen erhoben werden. Diese Verordnung gilt vorläufig nur für das Ruhrgebiet und die Bräutköpfe Duisburg und Düsseldorf. Zahlungserweigerung zieht nach der diesbezüglichen Verordnung des Oberkommandierenden Schließung der Geschäfte der Betroffenen nach sich.

### Stadtverwaltung Herne lahmgelegt.

Herne, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf Befehl des Generals Caron ist das Herne Rathaus militärisch besetzt. Beamte und Bürger werden mit Gewalt am Betreten des Rathauses gehindert. Die Besetzung ist erfolgt, weil die Stadtverwaltung pflichtgemäß die Mitwirkung bei der Durchführung französischer Befehle ablehnte. Durch diesen neuen Gewaltakt wird Herne schwer geschädigt. Das Geld für die täglichen Ausgaben kann nicht mehr beschafft werden. Die Stadt hat durch die Unterbindung der Finanzwirtschaft auf die Dauer Millionenverluste. Die Auszahlung von Unterstützungen an Arme, Bedürftige, Kriegerhinterbliebene, Kleinrentner, Wöchnerinnen ist gestört und gefährdet. Die Abrechnungen der für die Stadt arbeitenden Unternehmer, Handwerker und deren Arbeiter kann nicht fertiggestellt und die Lieferungen nicht bezahlt werden. Die gewaltsame Schließung der Sparkasse ist ein Eingriff schlimmster Art in den privaten Geldverkehr. Alle Herne Einwohner, insbesondere die kleinen Leute, werden durch diesen Willkürakt betroffen.

### Noch immer Plünderungen.

Böckum, 2. März. (WIB.) Bis zum gestrigen Tage sind beim Besatzungsamt in Essen 42 Raubüberfälle durch französische Soldaten bekannt geworden. Ueber jeden Fall ist ein Protokoll aufgenommen worden und die Angaben werden jedesmal durch Zeugen bestätigt. Dem Kaufhaus Merkur und der Tabakhandlung Weiden wurden heute je ein Auto mit Waren von den Franzosen weggenommen.

Am 27. Februar wurden in Kellinghausen die Inassen eines Straßenbahnwagens von einem Offizier und einem Soldaten durchsucht, zum Teil wurden ihnen Geld und Wertgegenstände abgenommen, ebenso dem Schaffner die Logeentnahme.

In Selsenkirchen wurden der Kommanditgesellschaft Dreiring-Werte gestern 100 Kisten Seife im Werte von 21 Millionen Mark an der Ruhrbrücke in Stecke weggenommen. In Stecke haben die Franzosen heute erneut Personen- und Postkraftwagen sowie andere Fuhrwerke angehalten und sich den Inhalt derselben, insbesondere Feinwaren und andere Lebensmittel, angeeignet. In mehreren Fällen wurden die Kraftwagen nicht freigegeben.

In Bonn wurde die Stationskassa überfallen, die Bediensteten verhaftet und die Gelder weggenommen.

Lesänden, Sonderverhandlungen mit Deutschland zu unternehmen. Auf die weitere Anfrage eines Parlamentsmitgliedes, ob die Regierung irgendeine Mitteilung von seiten der deutschen Regierung erhalten habe wegen ihrer Bereitwilligkeit, Verhandlungen mit den Alliierten zu eröffnen, erwiderte er verneinend.

### Politik der Besonnenheit.

London, 2. März. (WIB.) In einem „Durch Terror zur Annexion“ überschriebenen Leitartikel führt „Daily Chronicle“ aus, die französische Politik im Ruhrgebiet zielt weiter darauf hin, nicht Unruhen zu verhindern, sondern hervorzuheben, um sie dann gewalttätig zu unterdrücken. Die letzte Phase, die dies beweise, sei die Ausweitung der deutschen Polizei aus den großen Städten. Eine Befahrung, die Frieden und Ruhe zu haben wünsche, versuche stets, die Dienste der bestehenden örtlichen Polizei zu behalten. Bisher jedoch hätten keinerlei Unruhen stattgefunden, abgesehen von den durch die französischen Truppen selbst unternommenen Raubtaten und Gewalttätigkeiten. Es sei unmöglich anzunehmen, daß Poincaré eine Fortdauer dieser Ruhe wünsche; wenn jedoch Unruhen entstehen sollten, so werde die zivilisierte Welt, die der bemerkenswerten Selbstbeherrschung der Westfalen nicht blind gegenüber gestanden habe, wissen, wem die Verantwortung zuzuschreiben sei.

Die Äußerungen des Organs Lloyd Georges sind ein wichtiger Beweis dafür, wie sehr die von der Ruhrbevölkerung geübte Politik der Selbstbeherrschung und Besonnenheit die Stellung Deutschlands im Auslande gefestigt hat. An dieser Politik gilt es unter allen Umständen festzuhalten, ungeachtet der krampfhaften Bemühungen nationalistischer Heimkrieger und Etappenhelden, den Abwehrkampf der Ruhrbevölkerung für ihre Sonderzwecke auszunutzen.

## Frankreich und das Saargebiet.

Von Heinrich Döfler.

Die französische Politik läßt Bestrebungen erkennen, die darauf abzielen, Deutschland ein neues Diktat aufzuzwingen, das über jenes von Versailles noch weit hinausgeht. Man entsinne sich der Rede, die der Präsident Millerand, anläßlich der 25. Jahrestage des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft, in der vergangenen Woche hielt. Zeitungsmeldungen zufolge sprach zur gleichen Zeit das Mitglied des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Ferry über die Zukunft des Saargebietes, um zum Schluß zu erklären, der Augenblick sei günstig, um die Saarfrage zu lösen, da jetzt das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit aufgeworfen sei. Niemand dürfte im Zweifel sein, wie sich die französischen Annexionisten die Lösung der Saarfrage denken. Zunächst sei aber kurz darauf hingewiesen, wie sie nach dem Versailleser Diktat geregelt ist. Maßgebend sind Abschnitt IV, Artikel 45 bis 50 und die dazu gehörigen Anlagen des Diktats. Hierin wurde das Saarrevier auf die Dauer von 15 Jahren der deutschen Souveränität entzogen und die Regierungsgeschäfte „einem den Völkerbund vertretenden Ausschuss übertragen“, der „aus 5 Mitgliedern, die vom Rate des Völkerbundes ernannt werden“, besteht. Mit dem Ablauf von 15 Jahren nach dem Inkrafttreten des Versailleser Vertrages wird die Bevölkerung des Saargebietes berufen, ihren Willen kundzugeben über folgende drei Fragen:

- a) Beibehaltung der durch den Versailleser Vertrag geschaffenen Rechtsordnung;
- b) Vereinigung mit Frankreich;
- c) Vereinigung mit Deutschland.

Das Ergebnis dieser Volksentscheidung kann im Saarrevier nicht zweifelhaft sein. Die unerschütterlich reichstreue Haltung der Bevölkerung ist bekannt. Auch Frankreich ist sich hierüber klar, trotzdem oder gerade weil es tatsächlich zurzeit im Saarrevier regiert.

Als Ersatz für die zerstörten Kohlengruben in Nordfrankreich trat „Deutschland das volle und unbeschränkte, völlig schuldlos- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarrevier... mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich ab“. Um die restlose und ungehinderte Ausbeutung der Bergwerke durch Frankreich zu sichern, dürfte wohl damals bei der Ausarbeitung des Versailleser Diktats der für das Saargebiet schwebende Zustand geschaffen worden sein, den Frankreich nun gerne zu seinen Gunsten geändert sehen möchte. Wenigstens möchte es noch hemmungsloser als bisher im Saargebiet schalten und walten und nichts unversucht lassen, um dieses Land sich später aneignen zu können. Bezeichnend für die Zielrichtung ist ein Artikel des „Matin“ vom 10. November 1922, „Frankreich im Saargebiet“. Da wird zunächst festgestellt, daß Frankreich alle politischen Parteien und ihre Zeitungen, „die in deutscher Sprache erscheinen“, gegen sich habe. Natürlich können die Saarbewohner, abgesehen von einigen Ausnahmen aus besitzenden Kreisen, die fremde Sprachen studiert haben, andere Zeitungen als deutsche nicht lesen. Ebenso habe Frankreich die Geistlichkeit gegen sich, „der die Liebe zu Deutschland hundertmal höher steht als die Liebe zu Gott“. Die jungen Geistlichen im Saargebiet kämen meistens aus dem Seminar in München, „wo der geistliche Unterricht nur von Maschinengewehrübungen unterbrochen“ würde. Ohne pathologische Uebertreibungen geht es bei einem echten Annexionisten nicht ab. Aber, so wird dann fortgeführt, wenn „Frankreich auch alles an der Saar gegen sich hat, so hat es doch die Gruben für sich.“

Ja, Frankreich ist im Besitz der Gruben, die von einer Bevölkerung von 700 000 Menschen allein 75 000 beschäftigen und bezahlen, die der Hälfte der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt geben. Ja, diese Gruben sind ein bedeutender wirtschaftlicher Reichtum. „Aber wir sind nur vorläufig im Besitz dieser Gruben“, meint der Verfasser, „denn im Jahre 1935 würde die Volksabstimmung erfolgen, und da könnte, wie weiter oben schon auseinandergesetzt, nach drei Richtungen entschieden werden. Wenn die deutsche Partei siegt, so gebe Artikel 36 der Anlage dem Reich das Recht, alle Gruben, die Eigentum Frankreichs geworden sind, im ganzen wieder zurückzukaufen.“ „Unser Eigentumsrecht ist also unsicher“, sagt der Verfasser, denn es hänge ab von dem Ausgang der Abstimmung im Jahre 1935. „Aber“, fährt er fort, „dem Artikel 36 der Anlage zum Friedensvertrag folge ein Artikel 38, von dem er behauptet, „daß er der einzig gute Artikel des Friedensvertrages ist.“ Natürlich wird der genannte Artikel von dem Verfasser zugunsten der französischen Annexionspläne umgedeutet. Zitieren wir ihn deshalb wörtlich. Er lautet:

Es besteht Einverständnis darüber, daß Frankreich und Deutschland durch besondere Vereinbarungen vor dem für die Bezahlung des Rückkaufpreises der Gruben festgesetzten Zeitpunkt die Bestimmungen der §§ 36 und 37 abändern können.

Hier haßt der Artikelschreiber des „Matin“ ein und schreibt dann wörtlich:

Frankreich hat also das Recht, von heute an über den endgültigen Besitz der Gruben mit Deutschland ein Abkommen zu treffen. Es hat das Recht, Deutschland zu sagen: „Ihr schuldet mir Milliarden über Milliarden Goldmark und bezahlt sie mir nicht. So ist es selbstverständlich, daß wenigstens die Milliarde Goldmark, auf die ihr selbst den Besitz der Saargruben bewertet habt, uns bleibt, welches auch das Ergebnis der Volksabstimmung 1935 sein wird. Wenn das Abkommen auf dieser Basis abgeschlossen würde, so würde es uns wenigstens den endgültigen Besitz der Gruben

## Ruf an England und Amerika.

Paris, 2. März. (WIB.) „Echo de Paris“ stellt heute die Frage, unter welchen Bedingungen eine englisch-amerikanische Intervention in den deutschen Angelegenheiten möglich sei. Nach einer Betrachtung über die internationale Schuldfrage heißt es:

Eine englisch-amerikanische Intervention ist nicht möglich, solange die Regierungen von London und Washington, namentlich aber diejenige von Washington, nicht vollkommen die Stellungnahme geändert haben, die sie in der internationalen Schuldfrage einnehmen. Aber hier liegt nicht die einzige Schwierigkeit. Wenn Amerika und England verlangen wollten, wie sollten heute das Ruhrgebiet loslassen und den Aus der am 11. Januar begonnenen Politik ändern, dann müßten sie folgendes versprechen:

- 1. Eine Garantie für die regelmäßige Zahlung der vom Deutschen Reich geschuldeten Summen.
- 2. Garantie für die Sicherheit Frankreichs und Belgiens.

Es versteht sich von selbst, daß man uns nicht zufriedenstellen kann, wenn man auf alle Fragen mit dem Worte „Völkerbund“ antwortet. Garantien, die die Staaten, die sie unterzeichnen, verpflichten, wollen wir haben. Solange die amerikanische und die englische Diplomatie in beiden wichtigen Fragen schwanken, ist Frankreich berechtigt, von Ratschlägen keine Notiz zu nehmen. Wir bezweifeln, daß es selbst in Amerika und England eine für Frankreich so wenig gerechte öffentliche Meinung geben wird, die solche Bemühungen nicht unterstützen will.

London, 2. März. (WIB.) Bonar Law teilte gestern im Unterhause auf eine Anfrage mit, er habe keinerlei Andeutungen von seiten Frankreichs oder Belgiens erhalten, daß diese sich in der Lage

geben und, was wir heute nicht haben, das Recht, sie zu verkaufen. Das wäre eine Milliarde, die uns wohl erwünscht sein dürfte, denn viele werden kaum zu uns gelangen.

Daraus ist ersichtlich, wie sich die französischen Imperialisten die Zukunft des Saargebietes denken. Der gegenwärtige Zeitpunkt wird von ihnen für sehr geeignet gehalten, um das zu erlangen, was bei den Beratungen über den Versailler Vertrag nicht durchgesetzt werden konnte, weil man glaubt, jetzt ein gewaltiges Druckmittel zu besitzen. In genau derselben Richtung bewegt sich ein von der Regierungskommission erlangenes Verbot, ab 1. April in deutscher Markt zu entlohnen. Waren gegen deutsche Markt im Saargebiet zu handeln, oder sonst irgendwie die deutsche Markt als Zahlungsmittel im Saarrevier zu führen. Einziges Zahlungsmittel soll ab 1. April der französische Frank sein. Daraus ist ersichtlich, daß Frankreich nichts unversucht lassen will, das Saarrevier für sich zu gewinnen.

Daß die deutsche Regierung nichts von ihren Rechten aus dem Versailler Vertrag, auch soweit sie auf das Saargebiet Bezug haben, preisgeben kann, ist klar. Auch kann sie kein Abkommen mit Frankreich vereinbaren, wonach dieses das Recht erlangt, die Saargruben etwa zu verkaufen. Diese Gruben gehörten zuvor dem Staate Preußen, waren also Gemeingut des preußischen Volkes und müssen es auch wieder werden.

## Mitarbeiter-Interessenten.

Intimes aus dem Steueranschuss des Reichstages.

Es ist bezeichnend für die bürgerliche Presse, daß kein einziges Blatt von unseren Darlegungen über den Sinn des Vorstoßes des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) gegen den Gesellschaftsstempel Kenntnis genommen hat. Um welche Beträge es sich anlässlich der Fusion der Petroleum A. G. und der Nüttgerswerte handelt, geht aus einer Veröffentlichung des „Berliner Börsen-Couriers“ in Nr. 100 hervor. Danach hätte die Steuer am 26. Februar 3,7 Milliarden Mark betragen. Mit welchen Mitteln gegenwärtig im Reichstage Steuerpolitik gemacht wird und wie stark die Interessenten an der Steuererhebung direkt mitarbeiten, zeigt folgende Bemerkung der „Germania“:

In einer privaten Aussprache beklagten sich Mitglieder des Steueranschusses darüber, daß die Interessentenpolitik in der Steuererhebung sich derart ausmache, daß man sich nicht einmal mehr scheue, sogar die Syndikate der Organisationen mit zu den Verhandlungen der Abgeordneten zu drängen.

Bei dieser Feststellung kann man sich nicht darüber wundern, daß das Geldentwertungsgesetz so verschleiert worden ist, daß die Sozialdemokratie aus innen- und außenpolitischen Gründen jede Verantwortung dafür ablehnt.

## Die Schonung des Besizes.

In einem Artikel, „Die Gefahren der Goldanleihe“, weist „Der Deutsche“ auf die schweren Bedenken hin, die gegen die Privilegierung des Besizes durch ein wertbeständiges Anlagepapier geschaffen werden. So sehr wir die meisten dieser Bedenken teilen, hat die Entwicklung doch gelehrt, daß die Goldanleihe auch gegen den Willen der Regierung kommt und in den Kohlen- und Roggenanleihen bereits Vorläufer gefunden hat, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind. Bei richtiger Ausgestaltung der Goldanleihe und bei konsequenter Fortführung der Währungsreform ist zu hoffen, daß sie trotz aller Mängel, die ihr heute noch anhaften, zu einer Stütze des Marktkurses werden wird. Die Leute, die sich jetzt an ihr bereichern, würden aus einer weiteren Verschlechterung der Markt noch mehr Profite ziehen.

Außerordentlich bemerkenswert aber ist, was der Verfasser des Artikels zu der Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Cuno anführt:

Die Anleihe an und für sich, das geben wir unumwunden zu, ist unbedeutend. Aber warum in aller Welt hat man sich nicht damit begnügt, den Zinssatz niedriger und mindestens nicht so

hoch über dem bisherigen Stande der Zinsverdienstmöglichkeiten festzusetzen? Der Antwort kommen wir näher, wenn wir des pflaumenweichen Schreibens des Reichswirtschaftsministers an die Industrie- und Handelskreise gedenken, in dem diese angefleht werden, endlich einmal bei der Preisbemessung auf den Dollarstand Rücksicht zu nehmen. Hier wie dort will man eben freundlich und gutwillig mit dem Kapital auskommen. Die Regierung scheut sich leider, gegen die Auswüchse des Wirtschaftslebens einschließender zuzupacken, sie fürchtet vor allem die Anwendung eines gewissen Druckes auf widerpenstige Wirtschaftsmächthaber. Eine derartige Politik erscheint uns namentlich angesichts unserer augenblicklichen Gesamtlage äußerst bedenklich. Sie schmeckt zu sehr nach der Finanzpolitik des Krieges. Während man im Ausland, namentlich in England, die befehlenden Kreise zu schweren Kriegslasten heranzog, scheute man in Deutschland davor zurück, um sich das Kapital ja nicht zu „vergrämen“. Wändeit man heute auf ähnlichen Pfaden? Vestigia terrent! (Die Spuren schrecken!)

Man scheint in Stegerwalds Kreisen doch gegen die allzu volksparteiliche Wirtschaftspolitik der Herzöge der deutschen Hochfinanz und Industrie etwas bedenklich geworden zu sein. Auch die Freunde Stegerwalds, die so eifrige Befürworter der großen Koalition im Reich waren, werden hoffentlich jetzt verstehen, warum sich die Sozialdemokratie gestraubt hat, den Borspann für die Interessenpolitik des Privatkapitals abzugeben. Sachlich verdienen die Ausführungen des Organs der christlichen Gewerkschaften volle Zustimmung.

## Kommunistische Flunkereien.

Die „Rote Fahne“ betreibt seit einigen Tagen eine systematische Hege gegen die Genossen Breitscheid und Hilferding, denen sie vorwirft, daß sie im Auftrage der Regierung nach England und Frankreich gereist seien. Noch in seinem heutigen Leitartikel behauptet das kommunistische Blatt, es stehe fest, daß Hilferding und Breitscheid „im Auftrage der Cuno-Regierung“ ihre Reise unternommen hätten. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Reise des Genossen Hilferding zum französischen Parteitag in Lille schon am 20. Dezember v. J. in der Sitzung des Parteivorstandes beschlossen wurde, als von einem Ruhrkonflikt überhaupt nicht die Rede sein konnte. Wir stellen ferner fest, daß die Reise des Genossen Breitscheid nach London, die im Einvernehmen mit den leitenden Parteikörperchaften unternommen wurde, einzig und allein den Zweck verfolgte, mit der englischen Arbeiterpartei in engere Fühlung zu treten. Hoffentlich veranlassen diese Feststellungen die „Rote Fahne“, sich andere Objekte für ihre Flunkereien auszusuchen.

## Was hat Bonar Law gesagt?

Wir hatten gestern verlangt, daß über die amtlich bestrittene Äußerung Bonar Laws im Unterhause, daß Deutschland einen Reparationsvorschlag machen möge, Aufklärung geschaffen werde. Hierzu teilt nun die „B. Z.“ am Mittag, die diese Meldung verbreitet hatte, mit, daß es sich hier um einen telephonischen Uebermittlungsfehler handle, der sich bei der Uebergabe der Londoner Meldung in deren Pariser Bureau eingeschlichen habe:

„Unser Korrespondent hatte unmittelbar an die von ihm wiedergegebene Stelle der Bonar Laws'schen Rede einen Kommentar geknüpft, der die Ansicht maßgebender politischer Kreise über die Äußerung des Ministerpräsidenten zusammenfaßt. Die stilschöne Wendung, die Rede und Kommentar trennte, ist nun in Paris bei der stenographischen Aufnahme der Drahtung überhört und so das Ganze als Äußerung des Ministerpräsidenten weitergegeben worden.“

Ein ähnlicher Hörfehler scheint auch bei der vielerörterten Rede des Reichstageshelfers Harven vorgekommen zu sein. Das Blatt bestreite im übrigen entschieden, daß es sich bei diesen Meldungen um irgendwelche „Pressemänner“ gehandelt habe.

Serrati verhaftet. Laut einem Mailänder Telegramm hat die Polizei den Chefredakteur des „Ananti“ Serrati verhaftet.

## Der Sturm auf die Münchener „Post“.

Landfremde, Hitlerleute und Arbeitsscheue als Attentäter.

München, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Abend um 5 Uhr zog, wie wir bereits kurz berichteten, ein Trupp von 200 Burschen, darunter die vorübergehend in der Polizei einquartierten sogenannten Ruhrflüchtlinge, die heute im amtlichen Polizeibericht als „Arbeitsscheue“, aus dem Reich zusammengezogene Elemente gekennzeichnet werden, vor das Gebäude der „Münchener Post“, überfluteten das über zwei Meter hohe eiserne Tor, drangen unter Sprengung aller Türen in die Expeditions-, Verlags- und Redaktionsräume, schlugen mit einem schweren Stück Holz eine Buchhalterin zu Boden und verlangten unter Drohungen den Widerruf einer Notiz, in der sie als „Arbeitsscheue Elemente“ bezeichnet waren. Durch die kühnere Haltung unserer Parteigenossen im Hause und das rasche Eingreifen der Polizei wurden größere Demolierungen verhindert. Innerhalb der Räume wurde eine größere Anzahl der Burschen verhaftet und polizeilich abtransportiert. Der Überfall ist nicht, wie man von gewisser Seite glauben machen will, einer spontanen Erregung über die Notiz entsprungen, sondern war, wie man jetzt feststellen kann, planmäßig von den Münchener Hakenkreuzlern vorbereitet.

Die Landtagsfraktion hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

„An Unterfranken sind in letzter Zeit in verschiedener Gemeinden starke Trupps von fremden, nichtbayerischen Personen eingetroffen, die sich als Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet ausgeben. Diese Behauptung konnte einer Nachprüfung nicht standhalten. In der ausbringlichsten Weise wurde von den Führern dieser Trupps Quartier und Verpflegung verlangt. In einem Falle hat man sich auf Adolf Hitler berufen. Verschiedene Gemeinden haben in Unkenntnis der Verhältnisse Quartier und Verpflegung verabfolgt. Andere versuchten durch Gewährung von Geldbeträgen aus Gemeindegeld in diese Trupps loszumerken. Sind der Staatsregierung diese Vorgänge bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um solche Belästigungen der Bevölkerung fernzuhalten?“

## Preussische Abgeordnete ausgewiesen.

Im Preussischen Landtag machte zu Beginn der heutigen Sitzung Präsident Einert Mitteilung von neuen Gewalttaten des französischen und belgischen Militarismus gegen Mitglieder des Preussischen Landtages: Abg. Frau Schiffgens (Soz.) wurde von den Belgiern zunächst mit Verhöhnung bedroht und ist dann mit ihrer Familie aus Aachen und dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. (Lebhafter Beifall.) Die Ausgewiesenen mußten innerhalb drei Tagen Aachen verlassen und durften nur das Allernotwendigste, wie Kleider und Wäsche, mitnehmen. Ferner ist in Abwesenheit des Abg. Lönarz (Zir.) seiner Ehefrau ein Ausweisungsbefehl unter Androhung der Verhaftung und kriegsgerichtlicher Aburteilung für den Fall der Rückkehr zugestellt worden. Als der Abg. Dr. Lönarz nach Bitburg zurückkehrte, wurde er von schwarzen Franzosen verhaftet und trotz seines Protestes und seines Hinweises auf seine Abgeordnetenimmunität auf die unwürdigste Weise mit zwölf anderen Bürgern ins unbesetzte Gebiet abgeschoben. Ich erhebe erneut nachdrücklichst Protest gegen diese neuen Vergewaltigungen von Abgeordneten und stelle fest, daß sich der Landtag diesem Protest einmütig anschließt.

## Dollar 22800.

Am Devisenmarkt herrschte heute fast völlige Geschäftstillheit. Der Dollar wurde wieder mit 22800 gehandelt. Der Geldmarkt zeigt eine gewisse Erleichterung insofern, als große Beträge flüssigen Geldes angeboten sind. Allerdings sind die Zinssätze noch sehr hoch. Man zahlt bei Hingabe von Scheckanweisungen 9 bis 11½ Proz. und gegen Effekten 14 bis 20 Proz. Die Böse verfolgt mit einer gewissen Sorge die sehr langsame Abwicklung der Ullmoghäfte im Produktien- und Wollhandel. Immerhin ist die Tendenz des Effektenmarktes ziemlich fest. Es lagen größere Kaufaufträge aus der Provinz vor, während die hiesige Spekulation sich noch sehr zurückhält. Die meisten Industriepapiere weisen geringe Steigerungen auf.

## Frühlingsahnen.

Von Egon S. Straßburger.

Die Dichter von ehedem schüttelten die Verse mit Benzmotiven sachend oder mit ernster Miene aus dem poetischen Handgeleit. Es waren hauptsächlich Leute mit kapitalistischem Hintergrund; Versfabrikanten, deren Väter größere Bankguthaben besaßen... Heute ist kein Hintergrund vorhanden, heute steht die Not der geistigen Arbeiter mehr im Vordergrund. Aber wenn jetzt die ersten Frühlingsboten in Gestalt von Aokus und Beichen uns erfreuen, dann werden die arm gewordenen Poeten wehmütig lächelnd und im Traumland eine Stunde verharren, während die Profaniter für 15 000 Mark standesgemäß zu Mittag essen.

Eperlingsgewitzcher vor dem Fenster. Lauter Berliner Spagfamillen... als ob sie Berliner Redensarten studiert hätten — so hört es sich freundlich an. Diebliches Durcheinander! Börsenneuigkeiten im Bogenreich! Ob der Dollar stabil bleibt, ob die Franzosen noch mehr Heldentaten begehen, ob die Pariser im Ruhrstegesrausch noch weiteraueheln! Der Sonnenstrahl des Himmels fällt schräg auf das Blech vor dem Fenster, und die Salousten mit ihrem winterlich dicken und feinsten Staub sehen aus wie goldene Palastjalousien. Aber Deutschland ist arm wie Lazarus, und alles Frühlingspagengewitzcher in Bass- und Soprantönen hilft über diese Lausache nicht hinweg.

Die Menschen sind eingesperrt... die Beamten wie Arbeiter, die Nähmaschinen wie die Köchin... Und säuselt der Frühlingswind auch noch so frohlockend durchs Geäst, die Welt hat kein Geäst mehr für Venz und Resedadust. Diese Welt stöhnt unter Schmalz- und Butterpreisen. Dereinst sah der Jüngling auf der Bank im Tiergarten und pfiff seinen Operettenschlager in harmloser Weise, heute beschweren Gedanken sein junges Gehirn: „Wird die Welt die Riete sehr erhöhen, und wie soll es mit der Ehe werden?“ — Ja, mein Junge, die Wirtin richtet sich nach den Kohlen Englands, und Ida, die Braut, wird mit dir nicht das Eheglück genießen können, denn der Möbelhändler hat neue Aufschläge... Unerwartungsliehe Preissteigerungen. Aber die Hinken und Spagen fragen weder nach Riete noch nach Möbeln: sie posaunen Berliner Frühlingslieder in die Welt hinaus: Tiergarten-Symphonien!

Ich habe mich heute frühlingshaft geschmückt... ich bin heute ein Elegant mit drei belegten Broten in der Manteltasche... Ich leiste mir heute etwas... denn die Kohlen sind seit gestern zu Ende. Mit der wärmeren Luft war das Kohlenreservoir erschöpft. Nun muß es Frühling werden, nun sind wir eine handvoll Sorgen

los... Geibel, Heine, Lenau haucht uns Obem ein! Die Welt kann froher werden, kann uns wieder lächeln... Und ist es bei dieser Freudeloujunktur zu verstehen, wenn man in der Zeitung liest, daß sich gestern in Berlin acht Menschen teils erhängt, teils vergiftet haben?!

Erhängt und vergiftet, während die prophige Rode durch die Straßen promeuert... Trotz Wärme in teuren Pelzen, der Magen leer, das Blut müde, die Nerven zerstört! Und die Zukunft wie die Gegenwart hoffnungslos... Den Vermissten hilft kein Frühling mehr...

Produktionsschule, Arbeitsschule und Lehrerbildung. Ueber dieses Thema sprach Prof. Dr. S. A. Lewitin aus Moskau, eingeladen vom Bund der entschiedenen Schulreformer, in der Aula des französischen Gymnasiums vor einem zahlreich erschienenen Publikum. Prof. Lewitin berichtete über persönliche Erfahrungen und Versuche im Kaiserininst.-Institut, in dem er von 1917 bis 1921 hauptsächlich qualifizierte Arbeiter zu Lehrern ausbildete. Daneben richtete er eine Arbeitsschule ein, die den Arbeiterstudenten als Versuchsfeld diente. Aus dem Problem der Lehrerbildung ermuoh ihm natürlich das der Arbeiterbildung überhaupt. Schon vorher hatte er dieses, dem Prinzip der Arbeitsschule getreu, vom herkömmlichen abweichend, an seiner Volkshochschule in einem der Industrievororte von Moskau, zu lösen versucht. Der Arbeiter darf bei seiner intellektuellen Ausbildung keinesfalls seinem eigentlichen Berufe, in dem er sozial und ökonomisch Wurzeln geschlagen hat, entrisfen werden. Deshalb wurden die Vorträge an der Volkshochschule in den Arbeitsräumen der funktionierenden Fabriken selbst abgehalten.

Das leitende Prinzip der Arbeitsschule von Prof. Lewitin war das harmonische Zusammenwirken von Kopf- und Handarbeit, wobei Erzeugnisse der Technik (von den einfachsten bis zu den vollkommene) als Versuchstoff sowohl für berufliche als auch für theoretische Ausbildung dienten. Dabei standen im Mittelpunkt die „methodischen Arbeiten“ (Herstellung von Werkzeugen, Maschinen, Modellen und technischen Apparaten wie z. B. elektrische Ofen, Radbildlampen, Senfen, Schwebmaschinen und dergleichen). Die interessanten Lichtbilder, die Prof. Lewitin vorführen ließ und eingehend erklärte, veranschaulichten die Arbeiten, die von Arbeiterstudenten und Schülern gemeinsam planmäßig betrieben, von höchster wirtschaftlicher und erzieherischer Bedeutung waren, zu einer Zeit, da Werkzeuge, Maschinen und dergleichen in Rußland überhaupt nicht zu haben waren.

Prof. Lewitin weist mit Nachdruck auf die weittragende weltwirtschaftliche Bedeutung einer höheren Ausbildung des gewerbetätigen russischen Volkes hin. Rußland muß als Absatzmarkt für geistige und technische Kultur für die ganze Welt betrachtet werden und ist in dieser Hinsicht in erster Linie auf Deutschland angewiesen. Die Herstellung und Aufrechterhaltung gegenseitiger Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kulturtechnik wird deshalb nicht nur für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, sondern auch für den Deutschlands fördernd sein.

Ein Sowjetfilm vor der Filmprüfstelle Berlin. Die Deutsch-Amerikanische Film-Union, die den Vertrieb der in Rußland sozialisierten Filmindustrie für Deutschland hat, legte kürzlich der Filmprüfstelle Berlin einen Film vor, der Szenen vom 4. Kongreß der 3. Internationale brachte. Empfänge, Paraden, Kongreßredner wechselten in buntem Folge. Bei der Parade der Petersburger Garnison, die Trost abnahm, sah man Janarenbläser und dazu den Zwischenzettel: „Janaren schmettern das Sturmlied der Revolution“, „Die Internationale“. Dann sah man die Soldaten vortreten und den bekannten Eid der Roten Armee nachsprechen, der gleichfalls als Zwischenzettel gezeigt wurde: „Ich schwöre meine Gedanken auf das große Ziel der Befreiung der Arbeitenden zu richten, für die Sache des Sozialismus und der Völkerverbrüderung (dies sprachen sie, nebenbei bemerkt, mit vorgefertigtem Bajonett) meine Kräfte und selbst mein Leben zu wagen.“ Die 4. Kammer bei der Filmprüfstelle Berlin verbot diese Zwischenzettel, weil sie geeignet seien, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden! Die Vorsitzende der Kammer, Genossin Wachenheim, machte von ihrem Recht der Amtsbeschwerde gegen diese Verbote Gebrauch. Sie wies darauf hin, daß die Internationale das Lied der Arbeiter sei die als beste Stütze der bestehenden Staatsordnung gelten und daß es überall gesungen werde, ohne Störungen hervorzuufen. Der Schwur einer Armee auf den Sozialismus werde in Deutschland kaum zur Nachahmung reizen. Es sei darüber hinaus auch unerfindlich, warum der Nachhall eines solchen Schwurs die öffentliche Ordnung gefährden könne. Die Filmoberprüfstelle gab der Beschwerde statt. Somit können die staatsgefährlichen Titel gezeigt werden.

Am 20. Mai läuft die Frist der bei Inkrafttreten des Gesetzes ernannten Beisitzer ab. Vielleicht nimmt das Reichsministerium des Innern diesen Vorfall zum Anlaß, vor der Neuernennung die Beisitzerliste zu revidieren, um den nicht reaktionären Volksteilen eine gebührende Vertretung bei der Filmprüfung zu sichern.

Ein Arno-Golz-Abend findet am 2. abends 7½ Uhr, im Schönerberger Rathaus hall. Arno Golz und Eile Deber werden aus den Werken des Dichters vortragen.

Der Architekt Hugo Licht, bekannt namentlich als Erbauer des Neuen Leipziger Rathauses, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

Ein, der nicht heiraten kann. Charlie Chaplin bemerkt die Nachricht seiner Verheiratung mit Pola Negri. Er sei zu arm, um sich zu verheiraten. Man müsse arbeiten und dürfe sich nicht um Gelüste kümmern. — Charlie ist ein Spak-egel und ein guter Reklamemittel abendlein. Denn wenn er nicht heiraten kann, wer soll dann noch können? Ubrigens wurde er kürzlich auch als Kommunist ausposaunt. War das auch nur, um ihn „interessant“ zu machen?

Aufgrabungsorte bei Luzor. Das bei Luzor entdeckte Grab Tutankamens ist jetzt weiter untersucht worden und bleibt bis zum Herbst verschlossen. Zu dem Zweck ist ein luft-, wasser- und diebstahlsicheres Tor um das Grab aufgeführt worden, das überdies mit einer Last von Hunderten von Tonnen aussehütteter Erde bedeckt wurde. Das Gelände wird von einem holländischen Truppen abgeperrt und bis zum Herbst streng bewacht. Dann sollen die Aufgrabungen wieder aufgenommen werden.

# Ein Abschluss.

Der Abschluss des letzten Berliner Schlichterens drängt zu der folgenden kritischen Betrachtung eines aufmerksamen Beobachters:

Endeffekt: müde Augen, zerschlagene Glieder nach Nächter stumpfsinnigen Schauens. Einige mögen sich die Frage stellen, weshalb sie dabei geblieben waren, warum sie nicht schon nach den ersten Stunden des ersten Abends das unfähige ermüdende Einertei des Räderkarussells satzgefriert haben. Die kleinen, ebenfalls in Gleichförmigkeit erstarrenden Aufpfeischungen zu schnellerem Fahren durch die in Masse gestifteten Prämien bedeuteten sportlich nichts, persönlich waren sie entwürdigend. Reisende erzählten von der Jugend halbziivilisierter Völker, wie sie nach Geldstücken, die von Obetrottern in das Meer geworfen werden, sich in gefährliche, von Haiischen durchsuchte Tauchgräben wagen, ihr Leben um einer Münze willen aufs Spiel setzt. Ja, es geht bei uns zivilisierter zu. Menschen hegen sich ab, um ein paar ausgefeilte Zigaretten, ein Kleid, ein Paar Schuhe, einige Flaschen Kognak zu erringen. Rigel für die saten Spender, daß sich ein Riesenraum, gefüllt mit Menschen, an dieser Hei amüsiert. Das Publikum, das die Ränge füllt und das dem hart arbeitenden wertvollen Stande angehört, will das und sieht es gern, wenn es recht toll da unten zugeht. Rast nach neuen „Prämien“ gleich den Geldstücken, die den „halbziivilisierten“ ins Meer geworfen werden.

Das Ganze ist alles in allem ein Niedergang, eine Profanisierung der Lust am Schauen, eine Steigerung der größten und primitivsten Instinkte, wie sie ärger kaum gedacht werden kann. In den Dienst des großen Rummels sind eine Menge Menschen gestellt, die nützlicher und produktiver Tätigkeit ferngehalten werden, weil es in allen Gesellschaftsklassen ein Publikum gibt, das verglichen mit Anbrunn verfolgt. Dieses Publikum, diese Schauvölger, finden sie nichts, was ihrer gespannten Aufmerksamkeit mehr wert gewesen wäre als 6 Tage Räderkarussell? Nichts, was ihnen bessere Unterhaltung verschaffen könnte, nichts, was dem Geist und dem Körper höhere Befriedigung gewährt hätte? Nichts?

Werden sich einige diese Fragen vorlegen und es versuchen, sie ehrlich zu beantworten? Für die Zukunft wäre einiges damit gewonnen.

## Prozess Köber-Morvilius.

Seit 8 Jahren auf der „Ladentour“.

Für heute sind zwei Verhandlungstermine angesetzt. Zuerst gegen Frau Anna Förster in der Hauptklage wegen fortgesetzten Diebstahls, den sie in Gemeinschaft mit den Frauen Köber, Hüls, Morvilius und Geert ausgeübt haben soll. Neben ihnen sitzen auf der Anklagebank: Georg Zunder, der auch in der Gesamtanklage als Helfer fungiert, und der Geschäftsführer Knoll, um sich wegen der Begünstigung der Flucht der Frau Förster nach Holland zu verantworten.

Nach den Vernehmungen zur Person erklärte Frau Förster, daß sie sich der fortgesetzten Diebstähle schuldig gemacht habe, als sie diese nur mit Frau Hüls begangen habe, nicht aber mit ihrer Schwester. Sie gibt darauf zu, daß sie seit Jahren gestohlen habe. Frau Hüls habe sie zum Diebstahl verführt. Die Angeklagte gibt zu, daß sie an allen größeren Waren-, Kauf- und Spezialhäusern Berlins, deren Liste der Vorsitzende erst verliest, gestohlen habe. Sie bestreitet jedoch, auf Bestellung gestohlen zu haben. Zu einem Zusammenstoß zwischen dem Bericht und der Verteidigung kam es, als der Vorsitzende die Angeklagte Frau Förster ermahnte, anstatt mit ihrem Verteidiger Rechtsanwalt Brandt zu sprechen, lieber aufzusprechen, sich keine Informationen geben zu lassen und die Wahrheit zu sagen. Rechtsanwalt Brandt sah darin einen starken Verdacht gegen sich. Der Vorsitzende erklärte darauf, daß die Akten einen Berner enthielten, monach der Verteidiger Frau Förster durch einen Trick aus dem Gefängnis geholt habe. Der Verteidiger widersprach entschieden dieser Behauptung. Als Zeugin wird Frau Martha Prager vernommen. Sie hat in einer anderen Strafsache, wie sie behauptet, unschuldig in Untersuchung gesehen. Sie war in einer Zelle mit Frau Köber zusammen und diese habe ihr Tag und Nacht alles mögliche erzählt. U. a. habe sie ihr gesagt, daß sie mit ihrer Schwester seit acht Jahren auf der „Ladentour“ sei und daß der Chemann Förster Mithilfe geleistet habe. Frau Köber habe ihr im Gefängnis auch erzählt, daß der Glasermeister Zunder seit Jahren ein Verhältnis mit ihrer Schwester Förster habe. Die Angeklagte bezeichnet das als unwahr. Die Verhandlungen wegen der Gelangensbefreiung werden dann auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt. Das Gericht beschloß die Haftentlassung des Angeklagten Knoll, da Fluchtverdacht nicht mehr vorliegt.

Nach kurzer Pause begann wieder die Hauptverhandlung gegen Frau Köber und die übrigen Angeklagten.

## Billige Kartoffeln für Minderbemittelte.

Zu der Realis des städtischen Nachrichtenamtes über die Ausgabe billiger Kartoffeln an Minderbemittelte durch die Bezirksämter teilt das Bezirksamt Friedrichshain mit, daß lediglich ständige Unterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner bei dieser Kartoffelverteilung berücksichtigt werden können. Die Verteilung der Gutscheine für ständige Unterstützungsempfänger geschieht durch die Vorsteher der Wohlfahrtskommissionen, für Kleinrentner durch das Wohlfahrtsamt Friedrichshain, Rigaer Str. 102/103, für Sozialrentner durch die Sozialrentnerfürsorge des Arbeitsamts Friedrichshain, am Stralauer Platz. Die Kartoffelausgabe für ständige Unterstützungsempfänger und Kleinrentner erfolgt am 5., 6., 8. und 9. März täglich von 8 bis 12 Uhr im Rinderstall J des Zentralviehhofes, Eldener Str. 37. Die Ausgabe billiger Kartoffeln an Sozialrentner beginnt am Montag, den 12. März, an derselben Ausgabestelle.

## „Der Arbeiter hatte nicht den nötigen Bildungsgrad“.

In der Beilage des „Vorwärts“ Nr. 74 vom 14. Februar 1923 hatten wir unter der Überschrift: „Ein Freispruch. Der Arbeiter hat nicht den nötigen Bildungsgrad“ über eine Gerichtsverhandlung in der Strafsache gegen den Kaufmann Christian Siet wegen Beleidigung des Reichspräsidenten, welche am 13. Februar 1923 vor der III. Strafkammer des Landgerichts I stattgefunden hat, berichtet.

Der Präsident des Landgerichts I sendet uns hierzu folgende Berichtigung, die sich gegen folgende Sätze des betreffenden Artikels wendet:

1. Das Gericht kam nach ausführlicher Vernehmung des Zeugen Matha, der die intrinischen Äußerungen „nicht gehört“ haben will, zur Freisprechung des Angeklagten, da es sich nicht zu der Auffassung bekennen konnte, daß der Zeuge Kahlert, der über die monarchistische Gesinnung des Angeklagten empört war, „den Bildungsgrad“ besäße, der nötig sei, um den Inhalt eines Gesprächs genau wiedergeben zu können.

2. Allein die „Auffassung“ einer Gerichts, das einen Arbeiter für so minderwertig hält, daß er nicht den Kern eines einfachen Gesprächs erfassen könnte, erscheint doch recht merkwürdig, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß dieser Arbeiter für die Einrichtungen der Republik energisch eintrat.

Diese Sachdarstellung ist unrichtig. In Wahrheit liegen die Dinge vielmehr folgendermaßen:

a) Der einzige Belastungszeuge, Arbeiter Kahlert, sah sich genötigt, bei seiner Vernehmung im Hauptverhandlungstermin einen wesentlichen Teil seiner im Vorverfahren aufgestellten Beschuldigungen (Angeklagter sollte nämlich nach der früheren Behauptung die Worte: „Ebert ist der größte Lump“ gebraucht haben) ausdrücklich als unwahr zu widerrufen. Dazu kam, daß nach Feststellung des Gerichts die übrigen Aussagen jenes Zeugen ebenfalls ebenfalls

nämlich schwanken und unsicher, waren und Einschränkungen im Vergleich zu seinen bei der früheren Vernehmung abgegebenen Erklärungen enthielten.

b) Der Entlastungszeuge Matha, von dem es im Urteil heißt, er mache einen sehr ruhigen und besonnenen Eindruck, hat bestimmt bekundet, er habe irgendwelche den Reichspräsidenten beleidigende Äußerungen des Angeklagten nicht gehört, er sei aber letzterem stets so nahe gewesen, daß er sie hätte hören müssen, wenn sie gefallen wären.

c) Das Gericht hat das freisprechende Erkenntnis erlassen, weil es den Zeugen, Arbeiter Kahlert, wegen seiner festgestellten persönlichen Unzuverlässigkeit nicht für glaubwürdig erachtete. Keineswegs hat es, wie der beanstandete Zeitungartikel fälschlich behauptet, die Auffassung zum Ausdruck gebracht, „es halte einen Arbeiter für so minderwertig, daß er nicht den Kern eines einfachen politischen Gesprächs erfassen könne“.

Wir hatten den Bericht einer Berliner Korrespondenz entnommen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß das betreffende Gericht Wert darauf legt, in aller Deffektivität zu dokumentieren, daß es nicht der Auffassung ist, daß ein Arbeiter an sich so minderwertig ist, daß er nicht den Kern eines einfachen Gesprächs erfassen könne. Damit erübrigen sich auch die von uns an die Gerichtsverhandlung getnüpften Bemerkungen.

## Der rabiate Sadträger.

Im Kampf mit der Kriminalpolizei erschossen.

Bei einem Angriff auf einen Kriminalbeamten wurde gestern Abend der 33 Jahre alte aus Barock gebürtige Arbeiter Josef Horschowski aus der Döbener Straße 8 erschossen. Die Polizeibetriebsassistenten Binder und Wille trafen, als sie abends mit ihren Diensthunden eine Streife machten, am Bahnhof Beusselstraße einen Mann und eine Frau, die einen schweren Sack trugen. Sie wiesen sich als Beamte aus und ließen sich den Inhalt des Sacks zeigen. Er bestand in Lappen, die die Träger des Sacks in Charlottenburg erworben haben wollen. Während die Beamten den Mann und die Frau noch weiter befragten, kam Horschowski, ebenfalls mit einem Sack, dazu und mischte sich ein. Sie wiesen sich auch ihm gegenüber aus und ließen auch ihn den Sack öffnen. Er enthielt auch Lappen. Horschowski erklärte, diese von einem Zigarrenhändler in Pöhlensee bekommen zu haben. Weil der Verdacht eines unredlichen Erwerbs vorlag, sollten die Angehaltenen zur weiteren Feststellung nach der Wache mitgehen. Horschowski aber widerlegte sich. Wille warnte ihn und wies auf seinen Diensthund hin, der ihm gefährlich werden könnte. Als nun der Hund wirklich zusprang, zog Horschowski ein dolchartiges Messer und erstach ihn. Jetzt griff Wille zu, um ihn festzunehmen. Da wandte sich Horschowski mit dem Messer gegen den Beamten und verletzte ihn erheblich durch mehrere Stiche. Binder sprang seinem verletzten Kameraden bei, schob auf den Angreifer und traf ihn so schwer, daß er zusammenbrach und bald darauf starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Eine blutige Chetragödie spielte sich vor dem Hause Urbanstr. 8 ab. Hier streckte der Arbeiter Adolf Sell aus der Alexandrinenstr. 87 seine von ihm getrennt lebende Ehefrau auf offener Straße durch einen Bauchschuß zu Boden. Dann jagte er sich selbst zwei Kugeln in den Kopf, so daß er ebenfalls schwer verletzt zusammenbrach. Beide Eheleute wurden noch lebend nach dem Urban-Krankenhaus geschafft. Ehezugsigkeiten sollen der Grund zur Tat sein.

Die Gaspreise in kleineren Städten. Unser Saalfelder Parteiblatt gibt einen Uebersicht über die Gaspreise in einer Reihe sächsischer und sächsischer Orte. Es kostete im Februar das Kubikmeter Gas in Saalfeld 650 M., Gotha 980 M., Jena 877 M., Oberweißbach 690 M., Delitz 650 M., Reichenbach 750 M., Reichenbach 720 M., Glauchau 650 M., Gönitz 650 M., Meerane 660 M., Delitzsch 670 M., Rittweide 650 M., Rudolstadt 700 M. Demgegenüber ist also Berlin zur Stunde verhältnismäßig billig, trotzdem der hohe Gaspreis zu einer fast unerträglichen Belastung für die minderbemittelte Bevölkerung geführt hat.

Keine Pafelungen aus dem besetzten Gebiet. Die Oberpostdirektion gibt bekannt, daß wegen der bestehenden Pafelungsschwierigkeiten die Annahme von Päckchen und Paketen ins unbesetzte Gebiet und ins Ausland bis auf weiteres eingestellt sind.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Bezirk Groß-Berlin. Eröffnung der 2. proletarischen Freidenkerschule Reußstr., Rühlstraße, heute Abend 7 1/2 Uhr. Leiter Genosse Lehrer Friedag: Allgemeine Erziehungsfragen.

## Schweres Unwetter in England.

Die englischen Inseln sind in den beiden letzten Tagen von schweren Regenschauern heimgesucht worden. Aus dem ganzen Lande werden große Ueberschwemmungen gemeldet. Der Atlantische Ozean war der Schauplatz eines Sturms mit einer Windgeschwindigkeit von 120 Meilen in der Stunde. Der Dampfer „Berengaria“ der Cunard-Linie, der am 27. Februar früh von der Insel Wight abfuhr, um nach Southampton zu fahren, konnte diesen Hafen erst am 28. Februar erreichen.

## Jugendveranstaltungen.

### Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Kordring, Jugendheim, Gemeindefeule, Scherrenbergstraße. Die Mitgliederversammlung findet heute Abend nicht statt. Dieselbe findet am Dienstag, den 6. März 1923, abends 7 Uhr, im Jugendheim statt.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten, Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau, heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendhort, Freitragstr. 33: „Vollständiger Diabassabend“.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Vielwolke, heiter, vorübergehend wieder härter bewölkt mit etwas Regen und ziemlich lebhaften zwischen Südost und West schwanfenden Winden.

## Devisenkurse.

	2. März		1. März	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8977.50	9022.50	9002.49	9047.87
1 argentinische Papier-Peso	8458.81	8496.19	8428.87	8471.18
1 belgischer Frank	1211.98	1218.04	1214.45	1220.58
1 norwegische Krone	4158.57	4170.48	4179.52	4200.48
1 dänische Krone	4384.06	4385.94	4408.95	4481.05
1 schwedische Krone	6014.92	6045.08	6064.87	6085.13
1 finnische Mark	623.48	628.57	623.48	626.57
1 japanischer Yen	10872.75	10927.25	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1091.28	1096.74	1094.75	1100.25
1 Pfund Sterling	108732.50	107267.50	106991.87	107518.13
1 Dollar	22728.03	22841.97	22743.5	22855.5
1 französischer Frank	1378.55	1383.45	1388.59	1395.48
1 brasilianischer Milreis	2581.15	2548.85	2581.15	2543.85
1 Schweizer Frank	4259.82	4280.68	4264.81	4285.69
1 spanische Pseta	3536.18	3558.87	3538.68	3560.87
100 österr. Kronen (abgest.)	81.92	82.08	81.92	82.08
1 tschechische Krone	—	—	872.81	876.19
1 ungarische Krone	7.58	7.62	7.53	7.57
1 bulgarische Lewa	—	—	130.67	131.83
1 jugoslawischer Dinar	—	—	226.48	227.67

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Im überfüllten Saale des „Deutschen Hofes“ nahmen gestern Abend die AFA-Funktionäre der Metallindustrie Stellung zu den nachmaligen Verhandlungen mit dem VBR. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zogen sich bis in den späten Abend hin, so daß die Versammlung erst 1 1/2 Stunden nach der festgesetzten Zeit eröffnet werden konnte. Den Bericht der Verhandlungskommission gab Genosse Flatau. Redner ging noch einmal auf die Verhandlungen, insbesondere den zweiten Schiedsspruch vom 23. Februar 1923 ein. Da dieser Schiedsspruch die Angeklagten nicht befriedigte, hatten wir um nochmalige Verhandlungen mit dem VBR. gebeten. Durch Schreiben wurden uns Verhandlungen zugesagt, doch mit gleichzeitiger Andeutung, daß ein hinausgehen über die im zweiten Schiedsspruch festgelegten Gehälter nicht in Frage käme. Bei den Verhandlungen gehen denn auch die Arbeitgeber durch Herrn Oppenheimer die im Antwortschreiben vertretene Meinung zur Kenntnis. Wieder wurde erklärt, daß Anzeichen von einer Stabilisierung der Preise vorhanden wären. Schließlich gaben die Arbeitgeber die Zustimmung, sie wären bereit:

1. Am 14. März den Angestellten, mit Ausnahme der Wochenlöhner und Lehrlinge, eine Abschlagszahlung auf das Märzlohn in Höhe von 20 Proz. des Februar-Bruttoeinkommens, abgerundet auf volle 1000 M. nach oben, zu gewähren, welche Ende März zur Berechnung kommen sollte.

2. Die zu 1 des Schiedspruchs genannten Angestellten sollen einen Vorschuß von 30 Proz. des zu 1 bezeichneten Februareinkommens, abgerundet auf volle 1000 M. nach oben, erhalten, welcher zu Ende April und Ende Mai zur Berechnung kommt.

3. Wochenlöhner: mit Monats- oder längerer Kündigungsfrist erhalten den Vorschuß zu 2 mit der Maßgabe, daß der Vorschuß verrechnet wird, beginnend mit der ersten Aprilwoche bis zum Schluß der Maiwoche. Wochenlöhner mit kürzerer Kündigung erhalten am 14. März einen Vorschuß von einem Wochentlohn.

4. Scheidet ein Angestellter vorzeitig aus, so kommt der Vorschuß bei seinem Auscheiden zur Berechnung.

5. Die endgültigen Februargehälter kommen zur Abrechnung bei den zu 1 und 2 genannten Zahlungen.

Im übrigen gelte für sie der Schiedsspruch vom 23. Februar, über den sie nicht hinausgehen könnten. Genosse Flatau empfahl im Auftrage der Verhandlungskommission die Annahme des zweiten Schiedspruchs.

Die Diskussion verlief zeitweilig recht stürmisch. Die meisten Redner traten für den Streik ein, ja aus der Versammlung wurden Stimmen laut, den sofortigen Streik zu beschließen. Man wollte keinen Vorschuß, sondern anständige Bezahlung. Der Kampf sei unvermeidlich. Losender Beifall brauste durch den Saal, als Lustig vom Butab im Namen des Bundesvorstandes folgende Erklärung abgab: Nachdem sämtliche sachgemäßen Voraussetzungen erfüllt sind, hat der Vorstand des Bundes die Genehmigung des Streiks in der Berliner Metallindustrie erteilt. Er erwartet nunmehr, daß alle übrigen beteiligten Gewerkschaften bis spätestens Montag, den 5. März, ebenfalls ihre Zustimmung gegeben haben.

Es wurden dann zwei Entschlüsse einstimmig angenommen: 1. Die Hauptvorstände der in der AFA zusammengeschlossenen Verbände werden ersucht, sich auf den Beschluß des Butab zu stellen.

2. Die am 1. März 1923 versammelten AFA-Funktionäre der Metallindustrie nehmen den am 23. Februar gefällten Schiedsspruch an. Dadurch ist die durch die Ablehnung des zweiten Schiedspruchs vom 20. Februar geschaffene Situation keineswegs geändert und die Kampfstimmung nicht beeinflusst. Die Funktionäre richten an die örtlichen und zentralen Leitungen den dringenden Ruf, alle der gegenwärtigen Lage in der Metallindustrie entsprechenden Maßnahmen unverzüglich zu treffen und den Termin des notwendig werdenden Kampfes so zu bestimmen, daß der Kampf spätestens am Montag, den 5. März, aufgenommen werden kann.

## Konflikt auch in der chemischen Industrie.

In der chemischen Industrie sind die Lohnverhandlungen am 28. Februar gescheitert. Genau wie in der Metall- und Holzindustrie erklärten die Unternehmer, daß keine Veranlassung vorläge, weitere Lohnverhöhungen einzutreten zu lassen. Der Dollarkurs ist stabil, die Kaufkraft der Mark bedeutend gestiegen, die Lebensmittelpreise seien herabgegangen, eine allgemeine Verbilligung aller anderen Bedarfsartikel sei eingetreten resp. in den nächsten Tagen bestimmt zu erwarten. Wenn die Unternehmer aus Gründen, die in der Ruhebefehung zu suchen seien, für den Betriebsarbeiter in Fachgruppe II bei den letzten Lohnverhandlungen 1220 M. bewilligt hätten, so könnten jetzt weitere Zulagen nicht gemacht werden. Eine weitere Erhöhung der Löhne sei auch abzusehen, um die Bestrebungen der Regierung Cuno nicht zu stören! Die Unternehmer erklärten sich aber bereit, die jetzt bestehenden Löhne auf weitere vierzehn Tage festzulegen, und wünschten, daß zu diesem Zweck eine kleinere paritätische Kommission verhandeln soll. Das lehnte die Verhandlungskommission des Verbandes der Fabrikarbeiter als zwecklos ab, da sie auf dem Standpunkt steht, daß die zurzeit in Berlin gezahlten Löhne gegenüber den Löhnen der chemischen Industrie in anderen Sektoren viel zu niedrig seien. Die tariflich vorgeschriebenen Schlichtungsinstanzen sind angerufen.

## Das Lehrlingshalten im Friseurgewerbe.

Die jahrzehntelangen Klagen der Friseurgebildetenorganisation über die Lehrlingszählerei im Friseurgewerbe haben endlich zu einer gewissen Beschränkung der Zahl der zu haltenden Lehrlinge in Preußen geführt und damit zur Anbahnung erträglichere Zustände auf diesem Gebiete. Das war insbesondere deshalb notwendig, weil die Gehilfen nicht mehr wie früher, sich jederzeit selbständig machen können. Das erfordert heute erhebliche Mittel und außerdem fehlt es auch an den dazu nötigen Lebenslöhnen. Da das Gewerbe ohnehin stark überfüllt war, auch mit Selbständigen, bedeutet dieser Nachteil für die Gehilfen, von denen viele Tausende dem Beruf den Rücken kehren mühten, für die Gehilfeninhaber ein großer Vorteil. Um so mehr mühten die Gehilfen fordern, daß nicht dauernd dem Berufe mehr Lehrlinge zugeführt werden als notwendig ist.

Wie wir erfahren, hat kürzlich mit den Vertretern der Jungensverbände und des Arbeitnehmerverbandes im Handelsministerium eine Vorgespräch stattgefunden, deren Ergebnisse in folgender Anordnung auf Grund § 128 Abs. 2 Gl. B. zusammengestellt werden:

In jedem Betriebe darf nur ein Lehrling gehalten werden. In gemischten Betrieben (Herren- und Damenfriseurgeschäften) ein zweiter Lehrling nur dann, wenn einer der beiden Lehrlinge (laut Lehrvertrag) im Damensache ausgebildet wird. Die bestehenden Lehrverhältnisse werden durch diese Anordnung nicht berührt.

Eine entsprechende Ministerialverordnung dürfte in nächster Zeit zu erwarten sein. Hoffentlich folgen die übrigen Freistaaten diesem Beispiele Preußens, zumal der Handwerks- und Gewerbesammler auch deren Handwerkskammern diese Anordnung als Richtlinien überweisen wird.

Deutscher Werkmeisterverband. Sämtliche Betriebs- und Betriebsleute, sowie Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie haben heute (Freitag) abend 7 Uhr, Versammlung in den Bräuerhäusern, Kaiser-Wilhelm-Straße: Lage in der Metallindustrie.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Deutscher Arbeiter u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

# Kolossaler Preissturz in Herrenhüten!

**Wollfilz-Hüte** mit echtem Leder . . . . . **6500.-**  
**Velouret-Hüte** mit echtem Leder . . . . . **8500.-**  
**Elegante Hüte** mit echtem Leder . . . . . **12000.-**  
**Prima Haar-Hüte** mit echtem Leder . . . . . **18000.-**

**Seiden - Schals**  
**Krawatten**  
**Hosenträger**  
 in reicher Auswahl

Mengenabgabe vorbehalten

**Neukölln**  
 Hauptgeschäft:  
**Bergstraße**  
**9-10**

## Titus König

**Neukölln**  
 Filiale nur  
**Kaiser-Friedrich-**  
**Straße 224-225**

**Gold, Silber,  
 Platin-Bruch  
 Zahngebisse**

kaufen zu unüberbittbaren Preisen,  
 da Selbstverwertung  
**I. Skalitzer Str. 31 Lad.**  
**II. Kaiser-Allee 210**  
 Ring, Regenburger Str.

Korn- u. Holzmöbel  
 eig. Fabrik, stets her-  
 vorrag. Neuherg. Gr. Aus-  
 wahl. Billige Preise  
 durch Teilw. des Herstellers  
 Berliner Str. 14, Nähe  
 Hermannplatz - Tel.  
 -nr. 6119. 2264. Repar.  
 und alle Holzwaren

Stoffe zu den billigsten Preisen  
**Karl Lohse, Ritterstr. 29. pt.**

**Gold-Silber-  
 Restehandlg.**  
 Platin-Bruch, Juwe-  
 len, Uhren, Ketten,  
 Ringe, sowie zu  
 hohen Zugpreisen  
 Hahn & Co., Juwelier  
 u. Goldschmied, Neu-  
 kölln, Jungfernst. 26.

**Korsette**  
 Verkauf  
 Reparatur, Maß-  
 anfertigung  
**Fr. C. Bungartz,**  
 Neukölln, Raddische, 31.

**Volkskleidung  
 Rosen**  
 Winterjoppen  
 Manchester-Anzüge  
 Hemden, Socken  
 Unterhosen

**Berufskleidung**  
 Gute Ware!  
 Billigste Preise!  
**Gerh. Kohlen**  
 Hermannstr. 76-77.

**Bettwäsche**  
 u. Handtücher  
 Dam.-Hemd, Hand-  
 tücher, Bettl., Serviet-  
 ten, Tischdecken!  
**Eckbrecht, Ram-**  
 menstr. 11, 11

# 3

## Ausnahme-Tage

Sonnabend  
 Montag  
 Dienstag

Mengenabgabe dieser Waren vorbehalten!

Damenwäsche	Wäschestoffe	Herrenwäsche
Taghemden a. gut. Stoffen mit Stickerei . . . . . 5600	Hemdentuch gute Qualitäten . . . . . 2300	Oberhemd Perkal gewatet m. Lascien und 1 weichen Kragen . . . . . 18500
Beinkleider Kaleform, mit Stickerei . . . . . 5600	Renforcé 80 cm breit, feinfädige Qualitäten . . . . . 3500	Oberhemd weiß Piqué, mit Manschetten . . . . . 18500
Nachthemden halbfrei, mit Stickerei . . . . . 14500	Bezügestoffe . . . . . 3500	Taghemden mit Säumen, gute Verarbeitung . . . . . 9200
Prinzessröcke aus guten Stoffen mit Stickerei . . . . . 16900	Köper-Barchent gute Qual. 80 cm br. . . . . 3400	Nachthemden m. farbigen Beizts . . . . . 13500
Untertaillen sehr reich garniert . . . . . 3900	Louisiana 181 cm 82 cm 7500 6500 3900 3400	Sportkragen weiß Piqué . . . . . 490
Schürzen Wiener Form gute Qualitäten . . . . . 6500	Dimiti 180 cm 8400 82 cm 5200	Serviteur m. passend. Kragen gestr. Perkal . . . . . 2700
Wirkwaren	Bettwäsche	Hauswäsche
Herrn - Normalhemden Trikot, wollgemischt . . . . . 7500	Deckbett-Bezüge Linoon mit 2 Klassen 42/100 35000	Stuben-andtuch, Dam. u. n. gehändert . . . . . 3500
Damen-Schlupfrosen in vielen Farben . . . . . 4900	Bettlaken, Dowlas Größe 140x120 cm . . . . . 12500	Küchenhandtücher Gersebkorn . . . . . 1950
Damen-Strümpfe Baumwollschwarz, englischlang . . . . . 1800	Bettlaken, Dowlas Größe 150x225 cm . . . . . 18000	Küchenhandtücher Drell . . . . . 2400
Herrn - Socken Vignonschwarz, schwere Qualität . . . . . 1500	Perkal für Blusen und Oberhemden mit Strickf. 3500	Wischtücher rot kariert gestickt und gehändert . . . . . 590

**Etamine gute Qualität, 150 cm br. 5900 130 cm br. 4900**

## Modewarenhaus M. Grünberg Nfg.

Schöneberg, Hauptstr. 17, am Kaiser-Wilhelm-Platz



ges. gesch.  
**Allen voran**  
 beim Einkauf von  
**Brillanten, Platin**  
**Gold- u. Silber-Bruch**  
 Uhren, Zahngebisse,  
 Ketten, Münzen, Bestecken  
 die renommierte Firma  
**Juwelier J. Wiese**  
 Artilleriestraße 30  
 5 Min. vom BfH Friedrichstraße  
 Tel. Norden 1-30-1437 5-90-1115  
**u. Passauer Str. 12**  
 (Ecke Ausburger Straße)  
 1/2 Minuten v. Wittenbergpl. Zoo  
 Sprechpl. 11801  
 Tel.-Adr. Platinwiese

**Billige Bezugsquelle**  
 für Trikots, Strumpf-  
 und Wolllwaren  
**Strumpfhäuser Werba, Berlin**  
 Kolbener Damm 72, Ecke Lenaustr.

**Kaufen Bücher**  
 auch ganze Bibliotheken.  
 Bevorzugen werden Werke aus der  
 Sozial- und Naturwissenschaft,  
 Schöngeltinge u. Kunstdrucke.  
 An erb. unt. 0 58 Hauptexped. Vorw.

Wo laß ich meinen Anzug machen?  
 Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Max Motel, Schneiderstr.**  
 Neukölln, Ringbahnstr. 88. Tel. 800  
 Lieferung für höchste Staatsbeamten  
 viele Anfertigungen u. Damenschneidern



**Das Gesundheitsbuch der Frau**  
 Von Prof. W. Greiffahn  
 Mit 111 Abbildungen  
 Gebunden 2,50 M. geb.  
**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW 66, Lindenstr. 3

### Seife billiger

semit. Seife: Toiletteseife 50 Stk 100 200, 400 Stk. Haushaltseife 60 Stk. an. Rasierseife 100 Stk. Gummisauger 25, 75, 150 Stk. prima Schuhcreme, braun und schwarz, Dose 30 Stk. Verbandwatte 100 u. 750 Stk. Zahnpasta 90 Stk. Hautcreme 60, 90 Stk. Lanolin große Tube 75 Stk. Damenbinden 25, 50, 750 Stk. Gürtel von 10 Stk. an sowie viele and. billige Artikel der Gummi- und Toilettenbranche.  
**A. Maas & Co., Markgrafstr. 54**  
 an der Lindenstraße. Bestel. 9-6 Uhr

**Metallbetten**  
 Stahlmatratz., Kinderbetten für an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

## Zur Verlobung Trauringe

**Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an**  
 einfache Trauringe, gest., von 6000 M. an.  
 Fast alle Preisläsen am Lager. Namen u. Eitel  
 umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen  
 von Trauringen bei Goldzusage in 24 Stunden.  
 Garantierte für gesetzl. Goldgehalt!  
**Trauringsfabrik Albert Thal & Co.,**  
 C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

## Wäschefabrikation am Winterfeldtplatz

mit elektrischem Betrieb  
 Goltzstraße 26 :: Schöneberg :: Colonnenstr. 62 1 Minute vom BfH Schönebg.

### Spotbilliger Wäscheverkauf soweit Vorrat!!!

Bettwäsche	Handtücher	Damenwäsche
Bettbezug prima Stoff . . . . . 29500	Gerstenkorn, prima . . . . . 2400	Damenhemden, sehr haltbarer Stoff mit Stickerei . . . . . 8500 9500 12500
Kissen . . . . . 8500	Drell-Gloria 3900 4500-5500	Untertaillen, Prinzessröcke, Garnituren in festen und leichten Stoffen.
Wäschestoffe	Wischtücher	Herren - Oberhemden
Renforcé 80 cm, mittelfest . . . . . 3300	rot und blau kariert	Verkauf nur Goltzstr. 26 in Stoffe in allen Streifen 18000 19500 22500
Cretton 80 cm starkt. . . . . 3650	850 1250 1800 2850	18000 19500 22500
Linoon 135 cm prima . . . . . 6500	Tischtücher, Servietten, Rolltücher, Taschentücher.	Männerhemden gestreift 14250 Mark.
Ferner Bettsatin, Inletts, Lakenstoffe, Halbblenden.		
<b>Prima Schlafdecken .. 12000</b>		
<b>Badewäsche: Frottierhandtücher, Laken in weiß und bunt</b>		
<b>Bademäntel, schöne Modelle</b>		

## Billige Gardinen!

Zur Eröffnung der Saison:  
**Großer Verkauf**  
 zu außergewöhnlich vorteilhaften Preisen!

**Gardinen, Stores, Bettdecken**  
 in Engl. Tüll, Erbstüll und Etamine  
**Bunte Madras- und Künstler-Garnituren, Tisch- und Divandecken**  
 in Gobelin-, Verdüre und Perser-Mustern  
**Bettvorleger, Läuferstoffe, Wachstuche**

Riesige Auswahl nur guter Qualitäten!  
 Unsere Preise sind als sehr billig bekannt!  
 Daher Besichtigung unserer Lager lohnend!

**Sächsisches Gardinen- und Einrichtungs-Haus**  
 Neukölln, nur Hermannstr. 32

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen!

Berufen Sie sich auf die von der Konkurrenz in den Schaufenstern erbotenen Preise, ich zahle ihnen bestimmt mehr für alte Gebisse, Uhren, Ketten, Ringe usw. aus  
**Gold, Silber, Platin.**  
 Erste Ankaufsstelle des Südostens  
**Metallkonfer Zybara,**  
 Treptow, Grätzstraße 46,  
 Eingang Wiltbergstraße, u. Fabrikweg